

---

**Pressemitteilung**

Berlin, 12. August 2015

Nr. 17/2015

## Endlager-Kommission begrüßt Beschluss der Bundesregierung zum Nationalen Entsorgungsprogramm

---

Die Vorsitzenden der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe haben die Beschlussfassung des Bundeskabinetts über das Nationale Entsorgungsprogramm begrüßt. Die Kommissionsvorsitzenden Ursula Heinen-Esser und Michael Müller wiesen auf den Revisionsvorbehalt hin, unter dem das beschlossene Programm mit Blick auf die Arbeit der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe steht. "Der Vorbehalt stellt klar, dass in Deutschland die Empfehlungen der Kommission für die dauerhaft sichere Lagerung der radioaktiven Abfallstoffe ausschlaggebend sind", erklärten Heinen-Esser und Müller am Mittwoch in Berlin. Die Vorsitzenden der Endlager-Kommission begrüßten zudem, dass das Nationale Entsorgungsprogramm kein neues Planfeststellungsverfahren zur Erweiterung des Endlagerprojektes Schacht Konrad empfehle.

Eventuelle Konsequenzen des Nationalen Entsorgungsprogramms für die neue Suche nach einem Standort für die dauerhaft sichere Lagerung radioaktiver Abfallstoffe prüft derzeit die Arbeitsgruppe 3 der Endlager-Kommission, die sich mit „Gesellschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Entscheidungskriterien sowie Kriterien für Fehlerkorrekturen“ bei der Standortsuche befasst. Die Endlager-Kommission hatte im Mai in einem Beschluss ihrer Arbeitsgruppe 3 den Auftrag erteilt zu prüfen, ob und gegebenenfalls in welchen Mengen radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung vorsorglich bei der Planung des Endlagers nach dem Standortauswahlgesetz zu berücksichtigen seien. Über diese Frage will die Arbeitsgruppe auch in ihrer kommenden Sitzung am 25. August beraten.

Das Nationale Entsorgungsprogramm schlägt unter anderem vor, für den Endlagerstandort, dessen Suche die Kommission vorbereitet, neben hochaktiven Abfällen auch schwach Wärme entwickelnde Abfälle aus der Urananreicherung und der Räumung des Atommülllagers Asse zu berücksichtigen.

Anfragen von Medienvertretern beantwortet: Jürgen Voges - Pressereferent - Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe, Tel.: +49 30 227-31316, Mail: [juergen.voges@bundestag.de](mailto:juergen.voges@bundestag.de)